



Die Politik will den Krankenkassen vorschreiben, sie müssten Versicherungen mit integrierten Versorgungsnetzen anbieten, und will die Versicherten zur Teilnahme an solchen Versorgungsnetzwerken zwingen. Die Bevölkerung wünscht aber offensichtlich keine Managed Care. Deshalb will die Politik nun mit der staatlichen Macht – mit staatlicher Bevorzugung der Netzwerke – die Bevölkerung in die Managed Care zwingen. Wer sich nicht einer staatlich verordneten Netzwerkversicherung anschliesst, muss finanziell bluten und einen höheren Selbstbehalt bezahlen. Als freiberufliche Ärztinnen und Ärzte sowie als liberale Geister lehnen wir diese Vorlage kategorisch ab. National- und Ständerat

mit Budgetverantwortung Kosten managen. Die Medizin verkommt zur Subspezialität der Betriebswirtschaft. Ärztinnen und Ärzte müssen sich deshalb wehren. Es genügt nicht mehr, Patientinnen und Patienten zu betreuen und damit seiner Berufung und seinem Beruf nachzugehen. Wir müssen Einfluss nehmen. Es gibt keinen Businessplan in der Medizin mit Cash-Burn-Rate und Ebitda, sondern kranke Menschen, die sich vertrauensvoll an ihren Arzt oder ihre Ärztin wenden möchten. Mit der Budgetverantwortung der Ärztinnen und Ärzte hat dieses Vertrauen ein Ende. Der Patient und die Patientin wissen genau, der Arzt und die Ärztin haben den besten Return on Equity, wenn keine Behandlung stattfindet. Der tote Patient ist der günstigste Patient. Am 26. Mai im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Zürich darf die FMP als einflussreiche Gesundheitspolitiker Ständerat Felix Gutzwiller und Nationalrat Toni Bortoluzzi sowie den

Zeigen wir Flagge: Wider den Managed-Care-Zwang!

haben sich gemeinsam entschieden, dass Kassenmedizin über Versorgungsnetzwerke in der Schweiz einzuführen ist. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht selbst entscheiden, wem sie ihre Gesundheit und ihr Leben anvertrauen – bestimmen soll die Politik. Es ist ein ungeheuerlicher politischer Akt, zumal keine Beweise vorliegen, dass diese verordnete Staatsmedizin kostengünstiger und qualitativ besser wäre als das heutige System. Wenn es nach den Politikern geht, soll der Arzt nicht mehr in erster Linie heilen, sondern

Präsidenten der Zürcher Ärztesgesellschaft, Dr. med. Urs Stoffel, bei unserer Veranstaltung begrüßen (nähere Informationen auf Seite 364/365 in dieser Ausgabe). Es würde uns freuen, wenn auch Sie mit einer Teilnahme an diesem spannenden Anlass mit uns Stellung beziehen: So darf es nicht mehr weitergehen!

Hans-Ulrich Bürke
Präsident FMP